

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 7 (1927-1928)
Heft: 4

Artikel: Vereinigte Staaten von Europa : das Ergebnis einer Rundfrage
Autor: Schmid, Werner
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-156422>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

noch nicht ernsthaft zu erschüttern vermocht hat. Der bei uns ausgesprochene Satz, der Staat, das sind seine Beamten, wäre in England völlig sinnlos, wie ja auch die englische Staatsrechtslehre das Wort „Staat“ bis in die neueste Zeit nie gebraucht hat. Es war nicht die notwendige Organisationsform der Volksgemeinschaft, sondern das Empire, das eroberte Weltreich, um das englisches staatsrechtliches und politisches Denken kreiste. Und gerade dieses Band lockert sich immer mehr. Denn die staatsrechtliche Auflösung des britischen Weltreichs trat in der Reichskonferenz vom Oktober 1926 besonders deutlich zutage. Und es wird bereits die Frage aufgeworfen, wie lange die britische Insel noch das Zentrum dieses Weltreiches bleiben wird und ob das Band der englischen Krone auf die Dauer stark genug sein wird, das Weltreich auch in der heutigen losen Form beieinander zu halten. Ein allzu günstiges Horoskop wird man England für die Zukunft nicht stellen können. Gerade die Ereignisse in China sprechen eine sehr deutliche Sprache.

Und auch der englische Parlamentarismus, an dessen Vortrefflichkeit früher kein Engländer überhaupt nur zu zweifeln gewagt hätte, beginnt, umstritten zu werden. Auch er wird sich nur dann halten können, wenn es ihm gelingt, die Stabilität der Regierungsführung auch weiterhin sicherzustellen. Auch in England sind die antiparlamentarischen Kräfte im Wachsen. Und nur die Zukunft kann lehren, ob und wann sie stark genug sein werden, die Art an das alte klassische Gebäude des englischen Parteiwesens und des englischen Parlamentarismus zu legen.

Vereinigte Staaten von Europa.

Das Ergebnis einer Rundfrage.

Von **Werner Schmid**, Oberwehikon.

Am 1. August 1926 beschloß der Zentralvorstand der „Schweizerischen Vereinigung für eine europäische Staaten-Union“,*) in einer Rundfrage die Mitglieder der schweizerischen Räte um ihre Meinung über die Vereinigten Staaten von Europa zu ersuchen. Schließlich wurde noch eine Reihe anderer Persönlichkeiten, die nicht dem politischen Leben angehören, in die Liste der zu Befragenden aufgenommen. Insgesamt wurden gegen dreihundert Fragebogen verschickt, worauf 61 Antworten eingingen. Es wurden drei Fragen zur Beantwortung vorgelegt:

1. Halten Sie die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa für wünschenswert?
2. Halten Sie die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa für möglich?

*) Inzwischen hat sich die Vereinigung der Paneuropäischen Union angegeschlossen.

3. Glauben Sie, daß die Schweiz in irgend einer Weise initiativ vorgehen könnte und sollte?

Dabei wurde absichtlich vermieden, das Problem der Vereinigten Staaten von Europa in irgend einer Weise, etwa im Sinne des Coudenhove'schen paneuropäischen Programms, zu umschreiben. Jeder Befragte sollte die Möglichkeit haben, sich dieselben vorzustellen, wie es ihm paßte, ihre Entstehung sich zu denken, wie er wollte.

Also von ungefähr einem Fünftel der Befragten ging eine Antwort ein. Verweilen wir zunächst einen Augenblick bei denjenigen, die nicht antworteten. Es ist immerhin betrübend, daß ganze vier Fünftel keine Meinung äußerten. Doch braucht aus diesem Umstand nicht ohne weiteres geschlossen zu werden, daß diese die Idee der Vereinigten Staaten von Europa ablehnen, höchstens wird ein Teil dem Problem mit Gleichgültigkeit gegenüberstehen. Ein anderer Teil dürfte sich mit der Frage noch nie befaßt haben und wollte daher von einer Meinungsäußerung absehen, und ein letzter Teil wird die Antwort vergessen oder verbummelt haben.

Von den eingegangenen Antworten seien diejenigen der Parlamentarier aufgeführt, und erst zum Schluß diejenigen der Nichtparlamentarier, denn es besteht zwischen beiden Gruppen ein wesentlicher Unterschied.

Zunächst ist festzustellen, daß Mitglieder aller Fraktionen, mit Ausnahme der liberaldemokratischen, der sozialpolitischen und der kommunistischen Gruppe, sich an der Rundfrage beteiligt haben und daß sich unter diesen allen Befürworter der Idee der Vereinigten Staaten von Europa befinden. Insbesondere die Frage 1 (Halten Sie die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa für wünschenswert?) wird von der überwiegenden Mehrzahl mit Ja beantwortet: 33 Ja gegen 9 Nein. Geschlossen stimmen die 12 Sozialdemokraten mit Ja, während bei den Katholisch-Konservativen 2 Ja 5 Nein gegenüberstehen. Auch die zweite Frage (Halten Sie die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa für möglich?) wird nur von den Sozialisten einmütig mit Ja beantwortet, während bei den Radikalen die Neinsager überwiegen. Bei den Katholisch-Konservativen findet sich noch ein Ja-sager und die übrigen 6 sind zu den Neinsagern gegangen, wo ihnen von 8 Bauern 6 Gesellschaft leisten. Von diesen haben sich also nur zwei zu einem Ja entschlossen, dabei knüpfen sie an dieses Ja noch mehrere Bedingungen. Bei der heiklen Frage 3 (Glauben Sie, daß die Schweiz in irgend einer Weise initiativ vorgehen könnte und sollte?) liefern wiederum die Sozialisten das Hauptkontingent der Ja-sager. Zwei knüpfen an ihr Ja gewisse Bedingungen; aber keiner schreibt nein. Bei den Bauern ist das Verhältnis dasselbe wie bei Frage 2. Bei den Radikalen stehen 4 Ja 5 Nein gegenüber, während die Katholisch-Konservativen 6 Nein und 1 bedingtes Ja in die Wagschale werfen. Zusammenfassend ist zu sagen, daß sich unter den Antworten für alle drei Fragen eine Mehrheit ergibt, ein Ergebnis, das wir niemals zu erhoffen wagten. Beizufügen

wäre auch noch, daß sich unter den Antwortenden Angehörige aus allen Landesteilen befinden.

Daß sich für die Frage 1 eine Mehrheit ergeben würde, war am ehesten zu erwarten. Denn auch einem Parlamentarier müssen die Grenzen nationaler Politik und Wirtschaft offenbar werden und die Lösung der wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Fragen auf internationalem Boden als wünschenswert erscheinen. Und so ist es nur natürlich, wenn Nationalrat Brügger schreibt: „Ja, dies muß das Ziel unserer großen Politik sein, denn es ist ein Postulat der Vernunft.“ Und der Bauernvertreter Nationalrat Dr. Tschumi äußert sich wie folgt: „In wirtschaftlicher Beziehung wächst sich Amerika immer mehr zu einem Riesen aus, der übermächtig gegen die andern Kontinente auftritt. Schon aus diesem Grunde wäre ein fester Zusammenschluß der europäischen Staaten wünschenswert.“ Ein Argument, das tagtäglich an Bedeutung gewinnt! Interessieren dürfte, was Nationalrat Dr. Bruno Pfister, der Vorsteher der St. gallischen Handelskammer, schreibt:

„Die Frage 1 beantworte ich grundsätzlich und aus Überzeugung mit Ja. Es kann für mich auf Grund meiner praktischen Einblicke in die Wirtschaftspolitik unseres eigenen Landes und der übrigen europäischen Staaten gar keinem Zweifel unterliegen, daß nur ein allmählicher Zusammenschluß in wirtschaftlicher Richtung, welcher in der durch die gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnisse bedingten Notwendigkeit einer Solidarität zur Wahrung und Förderung gemeinsamer Interessen sich aufdrängt, aus dem gegenwärtigen verhängnisvollen handelspolitischen Chaos der europäischen Staaten herausführt.“

Begreiflich erscheint die Furcht verschiedener Herren, die Schaffung der Vereinigten Staaten Europas könnte die Entwicklung des Völkerbundes stören. So schreibt z. B. Nationalrat Balmer (Schüpfheim):

„Ich erachte die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa im heutigen Momente nicht für opportun. Nachdem der Völkerbund geschaffen und fast sämtliche Staaten der Welt, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten Nordamerikas, sich demselben angeschlossen und die Großmächte Europas als die Initianten dieses Völkerbundes gelten, würde eine besondere Vereinigung der Staaten Europas als ein „Sonderbund“ tagiert werden, der nur das Mißtrauen der übrigen Staaten erwecken und den Völkerbund absolut gefährden würde. Das wäre nur bedauerlich. Der Völkerbund, wenn er nicht gefährdet, und aufrecht erhalten werden kann, scheint mir eine größere Garantie für den Weltfrieden zu sein, als die sogen. Sonderbünde der verschiedenen Weltteile, denn es ist eine alte physische Regel: Druck erzeugt Gegendruck.“

Ähnliche Bedenken äußert auch Ständerat Bertoni. Die Stellung des geeinten Europa zum Völkerbund wird zweifellos einmal genau umschrieben werden müssen. Es scheint mir aber selbstverständlich zu sein, daß ein einiges Europa sich niemals gegen den Völkerbund wenden können, sofern dieser seine Mission erfüllt, ja daß ein solches Europa zu den bedeutendsten Gliedern desselben gehören wird.

Unmöglich ist die Bedingung von Nationalrat Peter (Pfäffikon), der auf Frage 1 antwortet: „Ja, jedoch nur in einer Form, die die vollständige Selbständigkeit und Neutralität der Schweiz garantiert.“ Das nennt man den Fünfer und das Wegglein wollen. Wie weit es heute mit der Selbständigkeit der Schweiz her ist, wollen wir nicht

untersuchen. Auf alle Fälle aber müssen wir, wenn wir in eine größere Gemeinschaft eintreten wollen, bereit sein, uns eines Teils unserer Selbstständigkeit zu begeben. Ein Zusammenarbeiten verschiedener Völker ist nur möglich, wenn alle bereit sind, zu Gunsten der Allgemeinheit Opfer zu bringen, und wenn das auch, durch eine Tradition geheiligte, Rechte sind.

Mehr zu reden gibt Frage 2 nach der Möglichkeit der Vereinigten Staaten von Europa. Gar mancher, der den Zusammenschluß der europäischen Staaten als wünschenswert bezeichnete, schüttelt hier den Kopf und sieht keine Möglichkeit zur Verwirklichung der Idee. Nach den Erfahrungen des letzten Jahrzehntes waren diese negativen Antworten durchaus zu erwarten, ja, sie wären vielleicht noch zahlreicher gewesen, wenn es sich nicht getroffen hätte, daß die Rundfrage just in dem Augenblick veranstaltet wurde, als der Völkerbund sich anschickte, Deutschland als vollberechtigtes Glied aufzunehmen. Das hat offenbar den Glauben an die Möglichkeit einer Völkerverständigung, und vor allem einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland, wesentlich gestärkt. Eine Mehrzahl aller Antwortenden also glaubt an die Möglichkeit der europäischen Staaten-Union. Charakteristisch ist aber, daß nur ganz vereinzelt Vorschläge zur praktischen Verwirklichung gemacht werden, was übrigens auch von den auf Frage 3 eingegangenen Antworten zu sagen ist.

Als Haupterfordernis zur Verwirklichung betrachten die Sozialisten in allererster Linie die Abrüstung. Neben den Nationalräten Schenkel und Nicole ist es vor allem Graber, der dieses Begehren stellt und auch gleich eine zweite, nicht minder wichtige und berechtigte Forderung aufstellt: die europäische Zollunion. „Ja, aber durch aufeinanderfolgende Etappen, beginnend mit der Entwaffnung und einer Zollunion, die jede ökonomische Grenze im Innern des Kontinentes unterdrückt.“ Über die Richtigkeit und Notwendigkeit dieser Forderung hier Worte zu verlieren, ist wohl nicht nötig. Sie sind heute jedem, der den Weltkrieg und den gegenwärtigen Zollkrieg erlebt hat, selbstverständlich. Diesen beiden Forderungen fügt Schenkel noch eine dritte, und wie mir scheinen will, ebenfalls nicht unwesentliche hinzu: Nicht die Regierungen, sondern die Völker müssen das geeinigte Europa schaffen.

Damit sind die drei Hauptforderungen, die gestellt werden, erwähnt, und es bliebe noch ein Blick zu werfen auf die Einwände, die erhoben werden. Sie stammen in der Hauptsache aus dem rechten Flügel der bürgerlichen Parteien. Während Nationalrat Gnägi der Meinung ist, „die geistige Einstellung ganzer Völker sei heute einer solchen Lösung weiter denn je entfernt“, schreibt Nationalrat Pfister (Frauenfeld):

„Wie man die kulturell, politisch und wirtschaftlich so grundverschiedenen Staaten Europas in eine Vereinigung bringen kann, welche allen Beteiligten gewisse Vorteile bringt — denn nur dann hat eine solche Vereinigung einen Sinn — unter Wahrung der jetzt bestehenden staatlichen Hoheitsrechte und des wirtschaftlichen Schutzes, welche einzelne Staaten infolge ihrer geographischen und klimatischen Lage bedürfen, scheint mir direkt unmöglich zu sein.“

Nationalrat Pfister hat hier zweifellos den Kern der Schwierigkeiten, die einer Einigung Europas entgegenstehen, berührt. Allein die kulturellen Unterschiede zwischen den Völkern Europas sind bei weitem nicht so groß, wie man schlechthin glaubt und glauben machen will. Ferner sind wir auch wirtschaftlich heute schon aufs engste miteinander verknüpft und Trusts und Kartelle werden rasch dafür sorgen, daß zwischen den einzelnen Ländern die wirtschaftlichen Verhältnisse sich ausgleichen. Und wenn endlich gewisse Länder eines besonderen wirtschaftlichen Schutzes bedürfen — was noch sehr fraglich ist —, so wird die Gemeinschaft der europäischen Staaten diesen Schutz einem ihrer Glieder gewiß gerne gewähren, von der Erkenntnis ausgehend, daß, wenn ein Glied leidet, alle andern Glieder mitleiden. Und um diese Erkenntnis geht es ja gerade, um sie wollen wir kämpfen. Sehr scharf und bestimmt lehnt Ständerat Dr. Schöpfer (Solothurn) Punkt 2 ab:

„Nein. Ich halte dies für absolut unmöglich. Europa und Amerika lassen sich diesbezüglich nicht vergleichen. Amerika ist ein neues Land ohne Tradition und mit gemeinsamer Sprache; der Amerikaner ist in erster Linie Amerikaner und nicht Bürger eines Gliedstaates. Europa hat mit Schwierigkeiten der Tradition, des partikularistischen Nationalismus und der Verschiedenheit der Sprachen, Sitten, Gebräuche und religiösen und politischen Anschauungen zu kämpfen. Diese Schwierigkeiten sind nicht überwindbar. Die Abrüstungsbestrebungen sind in meinen Augen eine Komödie.“

Den Kernpunkt unserer Umfrage stellt Punkt 3 dar: „Glauben Sie, daß die Schweiz in irgend einer Weise initiativ vorgehen könnte und sollte?“ Hier scheiden sich denn auch die Geister, plagen die Meinungen am heftigsten aufeinander. Wiederum wandeln sich die Ansichten von der Linken zur Rechten so ziemlich in ihr Gegenteil. Sind die Sozialisten mehrheitlich davon überzeugt, daß gerade der Schweiz ein initiatives Vorgehen in dieser Angelegenheit zukommen würde, so warnen die Bürgerlichen davor. Von Ausnahmen beiderseits abgesehen. Sind die Sozialisten einerseits davon überzeugt, daß ein solches Vorgehen notwendig wäre, so scheint anderseits die Meinung vorzuherrschen, daß keine Aussicht vorhanden sei, daß es wirklich geschehen könnte. Nationalrat Robs gibt dieser Ansicht hereditären und charakteristischen Ausdruck: „Jede Initiative, die ein solches Ziel anstrebt, ist zu begrüßen. Die heutige Zusammensetzung des schweizerischen Bundesrates bietet alle Gewähr dafür, daß die Initiative zu einem so bedeutenden menschheitsgeschichtlichen Werk nicht von unserem Lande ausgehen wird.“ Anderseits zweifelt der Sozialdemokrat Alg an einer solchen Möglichkeit überhaupt, indem er bemerkt: „Die Schweiz hätte ein großes Interesse am Zustandekommen einer solchen Vereinigung. Ihr Einfluß ist aber so klein und ihre Abhängigkeit vom Auslande so ungeheuer groß, daß der Erfolg für ein solches Unternehmen zum Voraus stark in Frage gestellt ist.“ Das sind Zweifel, denen wir eine gewisse Berechtigung sicher nicht absprechen dürfen. Allein, vielleicht gerade weil wir ein großes Interesse haben am Zustandekommen einer solchen Vereinigung, sollten wir ernsthaft Mittel und Wege suchen zu deren Verwirklichung. Keinerlei Bedenken hegt Nationalrat Drecht, ebenfalls Sozialdemo-

frat: „Die schweizerische Eidgenossenschaft bildet staatspolitisches Vorbild der Vereinigten Staaten von Europa. Im politischen Sinne der Schweiz liegt darum eingeschlossen, daß sie initiativ für die Vereinigten Staaten von Europa zu wirken habe. Nur dadurch kann sie ihrer Existenz Berechtigung noch verschaffen.“ Einen praktischen Vorschlag zur Lösung dieser Frage macht Nationalrat Weber (Rempten):

„Eine direkte Aktion bei den einzelnen Regierungen würde wohl nichts fruchten. Dieselben sind heute angesichts der Verschuldung einzelner Länder und imperialistischer Ziele anderer Staaten (z. B. Italien) zu sehr auf die nationale Richtung eingestellt. Vorerst könnte unsererseits vielleicht die Schaffung einer europäischen parlamentarischen Union angestrebt werden, die die Propaganda durch ihre Parlamente und Regierungsvertreter in die einzelnen Länder zu tragen hätte. Da dem Völkerbund auch außereuropäische Staaten angehören, wäre er offenbar nicht zur Verwirklichung dieser Idee geeignet. Voraussetzung ist ein vollständig neuer Geist, frei von kapitalistischem Egoismus. Der Weg zu diesem Ziel wird ein sehr langsamer und mühevoller sein. Ihn trotzdem unentwegt zu propagieren, sollte allen, denen das Schicksal unserer kommenden Generation am Herzen liegt, Gewissenssache werden.“

Es wäre höchst erfreulich, wenn sich in unserm eidgenössischen Parlament eine Initiativgruppe zur Schaffung einer solchen europäischen parlamentarischen Union bilden würde. Wer bringt das Rad ins Rollen? Interessant und wertvoll, weil von einem Praktiker stammend, ist das Urteil von Nationalrat Pfister (St. Gallen), dessen Meinung zu Punkt 1 bereits angeführt wurde. Er schreibt:

An sich halte ich ein initiatives Vorgehen der Schweiz für möglich und möchte auch ein solches als wünschenswert bezeichnen. Ich stelle mir dabei vor, daß beispielsweise von der Schweiz aus einmal eine Reihe von namhaften Handelspolitikern der verschiedenen europäischen Staaten zu einer Aussprache eingeladen würde, mit dem Zwecke, eine Einigung auf gewisse Richtlinien für das weitere Vorgehen zu suchen. Wenn ich diesen Gedanken ausspreche, so gebe ich mir jedoch gleichzeitig auch Rechenschaft darüber, daß ein praktisches Ergebnis einer solchen Bewegung von vorneherein eine ziemlich wesentliche Umstellung in den gegenwärtigen handelspolitischen Richtlinien der europäischen Großmächte zur Voraussetzung hat.“

Dieser Vorschlag hat mit dem Vorschlag Weber große Ähnlichkeit und dürfte sich wohl durch das Mittel der parlamentarischen Union verwirklichen lassen.

Während Nationalrat Tschumi, der Berner Bauernvertreter, dafür hält, daß kein anderer Staat in höherem Maße als die Schweiz berufen sei, den ersten Anstoß hiefür zu geben, sind seine bürgerlichen Kollegen in der Mehrzahl für vorsichtiges Abwarten. So schreibt Nationalrat Pfister (Frauenfeld), ebenfalls ein Bauernvertreter: „Mir scheint, daß wir als Glieder eines neutralen Staates, in dem wir in geordneten Verhältnissen als freie Bürger leben und wirken, keinen Grund haben, initiativ etwas zu suchen, welches jetzt noch von der großen Masse unseres bürgerlichen Volkes als die teilweise Preisgabe unserer staatlichen Unabhängigkeit angesehen würde.“ Ähnlich, zum vorsichtigen Abwarten ratend, äußern sich Gnägi, Schmid-Müedlin, Meher (Zug), Ullmann (Mammern), Ständerat Schöpfer, der vor einem initiativen Vorgehen geradezu warnt: „Die Schweiz soll die Hand von

solchen Bestrebungen lassen. Initiativ vorgehen wäre geradezu gefährlich. Wir wollen alle Bestrebungen anderer auf Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa begrüßen und unterstützen, selber aber nichts tun.“ Auch der Basler Nationalrat Oskar Schär kommt zur Verneinung der Frage, indem er darauf hinweist, daß nicht einmal die Vereinigung der beiden Basel bis heute möglich gewesen sei. Gewiß eine Tatsache, die uns nachdenklich stimmen muß.

Nun seien noch die Antworten der Nationalräte Schenkel und Golay wiedergegeben, die ein zusammenhängendes Ganzes darstellen und sich etwas eingehender mit der ganzen Materie befassen. Dr. Schenkel schrieb, wenige Wochen vor seinem Tode:

„1. Schon seit vielen Jahren habe ich die Ansicht vertreten, daß Europa sich nur für den Fall halten könne, wenn die Staaten Europas sich vereinigen und ihre produktiven Kräfte in Zusammenarbeit wirken lassen, anstatt sie im Kampfe untereinander zu vergeuden. . . Der Weltkrieg hat alle Staaten Europas, sowohl die am Kriege direkt beteiligten wie die neutralen so furchtbar geschädigt, daß sie ohne fremde Hilfe sich kaum wieder aufrichten können. Trotz des bedenklichen Tiefstandes der Finanzen geben aber diese Staaten heute noch ungeheure Summen für Militärzwecke aus. Alle Anläufe zur Abrüstung scheitern an dem Mißtrauen der Regierungen gegeneinander und an dem Interesse, das die Hochfinanz am Bestehen des Rüstungswahnsinns hat. Solange aber die europäischen Staaten sich den Luxus so enormer Ausgaben für kriegerische Rüstungen leisten, solange können sie vom Hauptgläubiger Amerika nicht mit Recht auf wirksamen Schuldenerlaß rechnen. Die militärische Abrüstung ist die erste Bedingung für finanzielle Gesundung Europas. Die Abrüstung bedingt aber die Herstellung eines Rechtszustandes zwischen den europäischen Staaten, der seinerseits nur durch Vereinigung zu einer Union geschaffen werden kann. Das Studium der Handels- und Industrieverhältnisse in Europa führt zu den genau gleichen Schlüssen. Durch den Weltkrieg hat Europa seine Vormachtstellung auf dem Weltmarkt verloren. Die Exportindustrie hat große Absatzgebiete an Übersee verloren. Die für den europäischen Markt arbeitende Industrie sieht sich einer Bevölkerung gegenüber, deren Kaufkraft sehr stark gesunken ist. Das ins Ungeheure gewachsene Geldbedürfnis der Staatskassen hat der Errichtung mächtiger Zollschranken gerufen, die Handel und Industrie stark belasten und hemmen. So sind wir in einen Zustand gekommen, der für den Fortbestand europäischer Kultur verderblich zu werden droht. Während Amerika frei von Zollschranken im Gebiet der Union seine Waren daher bezieht, wo sie mit dem geringsten Aufwand produziert werden, sucht in Europa jedes Land den Import durch hohe Zölle zu verhindern und Produkte seiner Wirtschaft an den Mann zu bringen, obschon die letztern wegen ungünstigeren Produktionsbedingungen bedeutend teurer sein müssen als importierte Produkte gleicher oder gar besserer Qualität. Dieses Schutzollsystem verteuert die Lebenshaltung, hemmt und belastet den Warenaustausch und macht damit Europa konkurrenzunfähig auf dem Weltmarkt. Aufhebung der Zollgrenzen allein könnte der europäischen Wirtschaft ihren Platz auf dem Weltmarkt sichern. Eine Zollunion ist aber ohne Abrüstung und ohne Vereinigung der Staaten Europas zu einer Union nicht denkbar.

2. Meines Erachtens ist die Schaffung der Vereinigten Staaten Europas solange nicht möglich, als sich nur die Regierungen und deren Vertreter mit der Sache befassen. Die Männer der Regierungen sind zu sehr abhängig von ihren Parteien und die Gesamtregierungen zu sehr in der Hand der Finanzmächte, als daß sie wirksam an diesem Werke mitarbeiten könnten. Nur eine starke, die Masse mitreißen Bewegung vermag den Gedanken der Verwirklichung entgegenzutragen. Diese Bewegung wird aber nur dann genügend Kraft aufweisen, wenn sie getragen ist von idealem Geist und wenn sie neben

der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa auch die Herbeiführung einer gründlichen sozialen Umgestaltung der Wirtschaft anstrebt. Solange der Geist der Gewalt die Politik beherrscht und die Interessen des Großkapitals ausschlaggebend sind, wie das bei Kriegsbeginn wie beim Versailler Pakt der Fall gewesen ist, solange bleibt auch die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa ein schöner Traum.

3. Gerade von der Schweiz aus sollte die Propaganda an die Hand genommen werden. Es kann sich dabei wohl kaum um die Gründung einer Weltvereinigung handeln, vielmehr müßte man versuchen, alle jene schon bestehenden Parteien und Vereinigungen, die der Sache sympathisch gegenüberstehen, zur Aufnahme der Propagandatätigkeit anzuapornen."

Und Nationalrat G. L. A. (Lausanne) schreibt:

"1. Die Völker sind nichts als die Spielzeuge ihrer Regierungen; das ist das Hindernis. Die Regierungen mögen die Diener des Volkes werden und die Sache läßt sich vielleicht machen. Aber was tun, damit die Stimme der Völker diejenige der Staatslenker übertönt? Die Presse, die Schule, die Kirche, alle geistigen Mächte sind entweder zaghaft oder dann direkt nationalistisch. Wie trotzdem die Geister gewinnen, daß sie in andere Bahnen einlenken und der brüderliche und versöhnende Wunsch in ihnen aufsteigt?

2. Die schweizerische Eidgenossenschaft ist ein typisches Beispiel der kommenden internationalen Einigkeit. Aber sie lebt nur durch die freiwillige Anerkennung durch die Kantone, durch eine Verminderung ihrer Souveränität. Die Ausströmung des nationalen Gefühls schafft eine solche Empfindlichkeit, daß man sich fragt, ob nicht jeder Eingriff in die Hoheit der Souveränität zum Mißlingen verdammt ist. Die Verherrlichung der Gewalt hat nicht nur die Entfernung vom Recht zur Folge, sondern auch und vor allem ein instinktives Mißtrauen gegen den Nachbar und seine Absichten. All das kann überwunden werden unter der Bedingung, daß man schrittweise vorgeht und daß vorhergehend die rechtliche Lage aller strittigen Gebiete endgültig geregelt sei. Die Unterdrückung der Armeen ist das radikalste und wirksamste Mittel. Den Regierungen das Kriegsinstrument nehmen, heißt sie verpflichten, zu rechtlichen Lösungen zu greifen. Das muß erreicht werden, so schwer die Aufgabe ist. Als Sozialist erwarte ich den Frieden vielmehr vom lebendigen Willen der Völker als demjenigen der Diplomaten.

3. Die Schweiz hat eine internationale Mission zu erfüllen sowohl wegen ihrer geographischen Lage als auch wegen ihrer Vergangenheit und ihrer Rolle in der Welt. Selbst ohne persönlichen Ehrgeiz, hat sie reine Hände und eine große Bewegungsfreiheit. Aber während der letzten zwanzig Jahre scheint sie nicht alles getan zu haben, um ihre moralische Lage intakt zu erhalten; sie hat wie die andern, falschen Göttern gehuldigt und sich dem großen Zug jenes abstumpfenden Materialismus angeschlossen, der die Völker an den Rand des Abgrunds führt. Trotzdem, niemand eher als die Schweiz kann die Rolle des Anregers bei dieser Arbeit der internationalen Verständigung spielen."

Damit sei die parlamentarische Diskussion geschlossen. Das Kennzeichen fast aller dieser Antworten ist die vorsichtige und bewußte Berücksichtigung realer Faktoren. Alle Antwortenden stellen sich in erster Linie auf den Boden der Wirtschaftsfragen, der politischen Gruppierungen. Als solche stehen sie in einem offensichtlichen Gegensatz zu den Antworten der Nichtpolitiker, wenn diese auch zum Teil genau zu den gleichen Schlüssen und Folgerungen kommen wie jene. Diese Nichtpolitiker — leider antworteten nur wenige — suchen die Diskussion auf einer etwas anderen, höheren, geistigeren Ebene auszutragen. Die realpolitischen Faktoren verschwinden z. T. und machen mehr ideellen und ethischen Beweggründen Platz. Den Übergang dazu bildet die Antwort

von Nationalrat Waldbogel (Schaffhausen). Schon seine Antwort auf Frage 2 deutet darauf hin, wenn er schreibt: „Ja, wenn es gelingt, die heute vorherrschende Mentalität der Individuen und der Staaten zu entmaterialisieren.“ Waldbogel fährt, zur Beantwortung der Frage 3 übergehend, fort: „Ja, insofern sie (die Schweiz) das Beispiel gibt, daß es möglich ist, ein rücksichtsvolles, verstehendes Zusammenleben der Stände, der Berufsgruppen und der Stämme in die Wege zu leiten. Wie ein Anfang hiezu gemacht werden könnte, habe ich in meiner Motion vom Jahre 1922 dargetan. . . Die Ihnen vorschwebende, so wünschenswerte Staaten-Union kann nur Bestand und Wirkung haben, wenn sie ihre Mentalität auf dem erwähnten Grunde aufzubauen versteht.“

Die einzige Antwort aus militärischen Kreisen mag hier beigelegt werden. Sie stammt von Oberstkorpskommandant Wildbolz:

„1. Es ist fürwahr ein Unsinn, daß im kleinen, kranken Europa alles miteinander zankt und streitet, schließlich mit der Waffe in der Hand sich bekämpft, während jenseits der Meere man nun sich gegenseitig verständigt hat, miteinander arbeitet und damit das allgemeine Gedeihen fördert. Naturgemäß entsteht dadurch ein Übergewicht der jungen außereuropäischen Staaten, welche früher als wir den unheilvollen Irrweg erkannten und ihn aufgaben.“

2. Der Bildung der Vereinigten Staaten von Europa steht vor allem die Tatsache entgegen, daß Kleinmut und alteingewurzelte Routine uns hindern, an die Kraft großer Gedanken zu glauben; — so bleibt man im Pessimismus und Skeptizismus stecken. Alle in den letzten Jahren publizierten Memoiren zeigen, in welchem verhängnisvollem Maße die Mentalität weniger Staatslenker, Staatsmänner und Diplomaten zum Ausbruche des Weltkrieges beitrug und an welchen geringen Umständen es hing, daß jenes unermessliche Geschick hätte abgewendet werden können. — Wilson glaubte an ideale Möglichkeiten; — sein Scheitern zeigt, wie weit Europa noch von dem entfernt ist, was ihm wahrscheinlich vorschwebte. Man darf trotzdem die Hoffnung nicht sinken lassen!

3. Die Schweiz darf sich nicht wichtig machen. Sie wirkt am kräftigsten und tiefsten durch stilles Beispiel (auch ihr Milizsystem ist ein solches!). Sie kann nichts Besseres tun, als den Weg weitergehen, der ihr von der Vorsehung angewiesen scheint. Ihre universelle Aufgabe erfüllt sie wohl am besten, wenn sie sucht, ihr Wesen von all den schweren und häßlichen Schladen zu befreien, die ihr anhaften, und andererseits vor Schäden sich zu schützen, die ihr von außen drohen, sie ihrer Eigenart entfremden und die Geister verwirren.“

Nun seien noch die wenigen Antworten der Nichtpolitiker durchgegangen. Während Professor Forel von einer Vereinigung der europäischen Staaten nichts wissen will, sondern den Bogen weiter spannt und von allem Anfang an auf das Ziel der Vereinigten Staaten der Erde lossteuern möchte, begrüßen Lisa Wenger, Meinrad Lienert den Zusammenschluß Europas als verheißungsvolle Etappe auf dem Weg zum universellen Völkerbund. Professor Bobet hält die Vereinigten Staaten Europas für den einzigen Weg zur Rettung und glaubt, daß, wenn die Europäer früh genug zur Einsicht kommen, wenn einmal der Wille da ist, sich auch der Weg finden werde. Die folgende Antwort, diejenige Rudolf Jung's, ist leider nur fragmentarisch. Die Gedankengänge, offenbar tiefergehenden menschengeschichtlichen Studien entspringend, werden nur angedeutet, und müßten, ausgeführt, einen wertvollen Beitrag zur ganzen Frage ergeben. Jung schreibt:

„Es ist ein soziologisches Grundgesetz, daß sich die Menschen in immer größeren Gruppen zusammenschließen. Die Entwicklungsgeschichte der Menschheit lehrt, daß jeweilen die Erweiterung der Gruppengrenzen bedingt wird durch die wirtschaftliche Not, die dann noch getrennt lebende Gruppen vereinigt. Der Weltkrieg vom Jahre 1914—18 vermochte noch nicht die Grundbedingung zu schaffen für eine Erweiterung der wirtschaftlichen Vereinigung ganzer Nationen. Sollen sich Menschen verschiedener Nationen für ein wirtschaftliches Ziel vereinigen, so muß es ihnen ganz besonders schlecht gehen. Hochkonjunkturen führen nur selten zu einem Zusammenlegen verschiedener Interessen. Die Idee einer europäischen Staaten-Union ist an und für sich etwas natürliches und heute im Unbewußten der Menschen stärker wirkend als man denkt, aber weil sie ein Naturgesetz ist, können die Menschen erst durch allgemeines Leid sie zur bewußten Gestaltung bringen. Die Schweiz ist ein zu kleiner Staat, um die Initiative in dieser Angelegenheit zu ergreifen. Ich glaube überhaupt, daß kein Staat die Initiative für so etwas ergreifen kann, sondern daß sich die Verwirklichung dieser Idee aus dem Kollektiven heraus anbahnen wird. So, wie man keinem Individuum helfen soll, so lange es nicht um Hilfe ruft, so lange sollte man auch nicht der Gesamtheit helfen wollen, sie muß erst für eine solche Hilfe empfänglich werden.“

Diese soziologischen Rückblicke sind — leider — durch Beispiele aus der Geschichte allzuleicht zu belegen. Hoffen wir trotzdem, daß schließlich die Vernunft Siegerin bleibt, und daß auch Prof. Heim's Pessimismus sich einmal als unbegründet erweise, der den Vereinigten Staaten Europas dasselbe Schicksal prophezeit wie dem Völkerbund, der zu einem Zankapfel degeneriert sei, wobei die Schweiz mehr zu zahlen als zu sagen habe. Als Ziel stellt Heim auf: 1. Das Erstreben einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit und 2. die Gründung einer europäischen Vereinigung wider den Krieg, in welcher sich jedes Mitglied verpflichten müßte, im Ernstfalle sich jeder kriegerischen Handlung zu widersetzen.

In vollem Umfange geht Leonhard Ragaz auf die Frage ein, wenn er schreibt:

„Ich halte die Vereinigten Staaten von Europa längst für eine Notwendigkeit. Es bleibt uns nur die Alternative: Vereinigung Europas oder Untergang. Denn eine Fortdauer des jetzigen Zustandes bedeutet in absehbarer Zeit neuen allgemeinen Krieg und damit das Ende. An Amerika, Asien und Afrika braucht man dabei noch nicht einmal zu denken, obschon die neue Lage, in der wir uns diesen Erdteilen gegenüber befinden und immer mehr befinden werden, für unsere Frage bedeutsam genug ist.“

Aus der Notwendigkeit folgt für mich die Möglichkeit. Über die ungeheuren Schwierigkeiten, die der Einigung Europas entgegenstehen, macht sich natürlich kein Einsichtiger Illusionen. Man darf diese Schwierigkeiten freilich nicht durch eine falsche Stellung der Aufgabe vermehren. Jene Einigung wird schwerlich durch einen „Kovenant“ zustandekommen wie der Völkerbund, sondern sich nach und nach aus bestimmten Möglichkeiten oder Notwendigkeiten und aus diesen entsprungenen mehr oder weniger glücklichen Aktionen organisch entfalten. Es kann sich nach meiner Ansicht auch nie darum handeln, ein einheitliches, wohlgegliedertes, staatliches Gebilde herstellen zu wollen, etwa nach dem Vorbilde der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Das Vorbild müßte, wie mir scheint, eher der Völkerbund sein. Ich denke mir die Organisation des einigen Europa ähnlich wie die der Welt. Es müssen sich für die Gestaltung des neuen und einigen Europa die zwei Hauptfaktoren alles Lebens: Materie und Geist zusammenfinden. Jenes muß gleichsam von unten und von oben her zugleich aufgebaut werden. Die materiellen Verhältnisse müssen das

Baumaterial hergeben, den Bauplan muß der Geist schaffen. Zur *Union* und was weiter die materiellen Notwendigkeiten fordern, muß sich die neue europäische Idee gesellen. Diese erblicke ich in einer Friedensordnung Europas, die das Recht an Stelle der Gewalt und das Zusammenwirken an Stelle des Gegeneinanderstehens setzt. Neuer Geist wird dafür nötig sein. Ohne ihn wird nicht einmal die richtigere Gestaltung des Materiellen gelingen, denn Egoismus und Gier sind immer kurzfristig.

Diese Idee Europas, die sich nun langsam herausbilden und zur Klarheit ausreifen wird, muß sich in die Idee der Menschheit einordnen. Die Vereinigten Staaten Europas dürfen nicht als Gegensatz zu andern Erdteilen und Kulturvölkern gedacht werden. Für mich ist die Einigung Europas nur im Rahmen der Welteinigung denkbar und möglich. Also die Vereinigten Staaten Europas nur ein organisches Glied am Körper des recht verstandenen Völkerbundes! Aus diesem Grunde dürfen auch England und Rußland nicht fehlen. Ohne sie wäre in Europa die Luft zu beengend und zu sehr mit Spannungen geladen.

Daß die Schweiz als solche für die Lösung dieser Aufgabe viel leisten könne, glaube ich nicht; hier sind mehr die großen Staaten berufen, und diejenigen, die bisher mit andern in einem starken Gegensatz gestanden haben. Von unsern regierenden Kreisen erwarte ich ohnehin keine Initiative für große Dinge. Die Schweiz leistet für die Vereinigung Europas das Größte einmal durch das geschichtliche Vorbild ihrer eigenen Vereinigung, sodann dadurch, daß sie sich für den Völkerbund wirklich einsetzt, statt ihn durch ihr Beispiel zu schwächen, ja zu verraten."

Da haben wir nun das Problem in seiner ganzen Tragweite in klarer Formulierung herausgeschält: ein neuer Geist ist notwendig. Materie und Geist müssen zusammenwirken; aber der Geist muß die Materie überragen, er ist die zeugende Kraft. Nur mit Hilfe des Geistes, mit Hilfe der schöpferischen Urkraft, die in uns allen schlummert, können wir die gewaltige Arbeit leisten. Haben wir dazu den Willen und die Kraft? Fast möchte man daran zweifeln, wenn man die letzte Antwort liest, die uns aber trotzdem am Schluß einen Weg in die Zukunft weist. Jakob Bührer schreibt:

„1. Ich halte die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa nicht nur für wünschenswert, sondern für die dringendste Notwendigkeit. — Keines der Probleme, die heute die europäischen Staaten bedrücken und verelenden, ist innert der nationalen Grenzen zu lösen.

2. Die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa liegt in der geraden Entwicklungslinie der Geschichte, und erfolgt unausweichlich und gesetzmäßig, entsprechend der Entwicklung der menschlichen Hilfsmittel: Industrie, Technik, Geldwirtschaft. — Die Politiker verzögern und hemmen die Entwicklung, aber verhindern sie nicht.

3. Die Schweiz ist heute einer der konservativsten Staaten Europas. Sie hat ein bewundernswertes Glücksmäß des Kleinbürgertums erreicht, und zwar in einem der ärmsten und mühereichsten Länder, und nur mit unendlichem Fleiß und unendlicher Sparsamkeit. — Es ist nicht zu erwarten, daß dieses Land, das sein Glück in sich selber suchte und fand, den Sinn für die allgemeinen und gesamten Menschheitsprobleme besonders fördere. Auch die Tatsache, daß der Weltkrieg verhältnismäßig schmerzlos an uns vorübergegangen ist, hat uns seelisch in einem Zustand gelassen, der von den heutigen Menschheitsproblemen aus betrachtet, tief unter fast allen europäischen Völkern steht. — Die Schweiz und wir Schweizer wollen heute nichts als unser habliches und behagliches Kleinbürgertum erhalten. Ich glaube deshalb, daß mit der zur Zeit und demnächst „sich am Ruher befindlichen Generation“ Hopfen und Malz verloren ist, soweit die entscheidenden Menschheitsprobleme in Betracht

kommen. Ich sage das durchaus nicht im Tone oder Sinne des Vorwurfs: diese unsere Generation ist sicher so gut und besser als es ihr die vorhergehende Generation zu sein erlaubte..! — Hier aber liegt das Einzige, was ich in der Schweiz in dieser Sache zu tun sehe: Die Auslösung einer großen, umfassenden, leidenschaftlichen Jugendbewegung zu Gunsten der Vereinigten Staaten von Europa, zu Gunsten der großen einheitlichen Menschheitsprobleme unserer Zeit. — Je rascher die Organisation dieser Bewegung an die Hand genommen wird, umso besser. — Alles andere scheint mir in der Schweiz nur Kraft- und Zeitverschwendung zu sein.“

Das ist der Weg: über die Jugend führt er in die Zukunft. Unsere Generation werden wir nicht mehr oder nur in geringem Maße ändern können; aber die Jugend gilt es zu neuen Taten aufzurufen. Die Jugend gilt es aus der bequemen Bahn althergebrachter Tradition herauszureißen und ihr die neue, schwere, aber segensreiche Arbeit zu zeigen, die ihrer harret, auf daß sie sich selbst ein neues, schöneres, wohllicheres Haus zu bauen vermöge, als dasjenige, das wir ihr zu bauen vermochten. Alle die, denen diese Jugend selber noch im Herzen brennt, sind vom Schicksal mitbestimmt zur erlösenden Tat!

Briefe des Zürcher Stadtrats Wilhelm Meyer an Johann Ulrich v. Salis-Goglio, weiland Sonderbundsgeneral.

(Fortsetzung.)

Zürich, den 8. August 1866.

Die politischen Manöver Bismarcks, Napoleons und anderer großen Thiere müssen demnächst ungemein interessant werden. Bereits mag Bismarck Bedenken tragen, die norddeutschen Dynasten sans facon abzuschaffen. Thut er das aber nicht, so bleiben sie dem Preußenthum, man mag ihre Landschaften noch so beschneiden, ein steter Pfahl im Fleische. Es wird und muß eine Zeit kommen, da ein Theil von Süddeutschland oder das ganze sich wieder an Oesterreich anlehnen wird. Vorher kann allerdings noch manches erlebt werden, die Franzosen in Berlin, gleichzeitig die Oesterreicher in Breslau... Aber wehe Oesterreich, wenn es in seiner erbärmlichen Eifersucht auf Rußland verharret, und sich von Napoleon nach jener Seite hin wiederholt am Narrenseil schleppen läßt.

Es gibt hier einsichtige Leute, welche einen großen Theil des Unheils dem Gesandten in Paris, Fst. Metternich, beimessen, den sie für einen Intrigant, aber nicht für einen Diplomaten und Staatsmann halten.

Daran ist kaum zu zweifeln, daß jeder große und kleine Monarch in Deutschland jetzt 2 Dinge einführen wird: 1. Zündnadelgewehre und 2. einen Bismarck, der die Landstände und Konsorten maltrairt, die Zeitungsschreiber ins Loch steckt und ähnliche Künste versucht. Das kann